

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Monatliche Beilagen: „Der Betriebsrat in der Holzindustrie“ und „Holzarbeiter-Frauenblatt“.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis 50 Mk. pro Vierteljahr. — Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kasper, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Ewald Steinbrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Inserate: Die 6gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 100 Mk.
Arbeitervermittlungen 50 Mk. pro Zeile.
Verbandsanzeigen 15 Mk. pro Zeile.

Gegen die Vergewaltigung.

Deutschland ist das Opfer eines neuen, unerhörten Gewaltaktes geworden. Eine große französische Armee, begleitet von belgischen Hilfstruppen, ist in das Ruhrgebiet eingedrungen. Am 10. Januar ist die Stadt Essen umzingelt und dann besetzt worden, und die feindliche Heeresmacht ergießt sich weiter auf die Städte des Ruhrgebiets.

Ein wohl ausgerüstetes Heer, Infanterie, Kavallerie, Artillerie, reich versehen mit den modernsten Waffen, mit Gewehren und Kanonen, mit schweren Kriegswagen und Flugzeugen und all den Mordinstrumenten, die in dem langen Weltkrieg eine so weitgehende Vervollkommenung erfahren haben, ist aufgebieten worden gegen das entwaffnete und wehrlos gemachte Deutschland, gegen eine friedliche Bevölkerung, die nichts feindlicher wünscht, als ihrem Erwerb nachzugehen und durch fleißige Arbeit zur Heilung der schweren Wunden beizutragen, die der Krieg dem Wirtschaftsleben Deutschlands und Europas geschlagen hat.

Der an der Spitze der französischen Regierung stehende Advokat Poincaré gönnt der Welt nicht den Frieden, nach dem sie sich nach den langen Kriegsjahren sehnt. Er handelt im Einverständnis mit der Kammer des „Nationalen Blocks“, die ihm mit großer Mehrheit nach dem schändlichen Bruch des Völkerrechts das Vertrauen ausgesprochen hat. Frankreich, das durch die Hilfe fast der ganzen Welt vor der Niederlage im Weltkrieg gerettet wurde, will Rache nehmen an dem einst gefürchteten Gegner, der nun wehrlos zu seinen Füßen liegt. Der Versailler Vertrag, dieses schwachvolle Instrument, mit dem man Deutschland an Händen und Füßen gefesselt, ihm die wertvollsten Glieder amputiert hat und ihm sein Blut abzapft, genügt dem Frankreich Poincarés und des „Nationalen Blocks“ nicht. Deutschland soll völlig vernichtet, politisch zerstört, wirtschaftlich verelendet werden. So groß ist der Rachedurst der kleinen Geister, daß sie die schwerste Schädigung des eigenen Landes in den Kauf nehmen, wenn nur der verhasste Gegner recht hart getroffen wird.

Am 15. Januar, nach Ablauf der gewährten kurzen Stundung, ist die nächste Rate des deutschen Tributs fällig, die Deutschland nicht zahlen kann. Man hat diesen Termin nicht abgewartet. Die Reparationskommission, in der Frankreich, England, Italien und Belgien vertreten sind, hat festgestellt, daß die Deutschland auferlegte Verpflichtung zur Lieferung von Holz und von Kohle nicht restlos erfüllt wurde. Gegen die englische Stimme wurde eine „vorläufige Verfehlung“ festgestellt. Frankreich verlangte diese Feststellung als Vorwand für die geplante und längst vorbereitete Gewalttat.

Der Versailler Vertrag hat Deutschland wehrlos gemacht, er hat uns untragbare Lasten auferlegt, und er zwingt uns, fremde Heere am linken Rheinufer zu dulden, die die Bevölkerung drangsalieren und auf Kosten des verarmten Deutschland ein schwelgerisches Leben führen. Er gibt aber Frankreich nicht das Recht zum militärischen Einfall in das unbefestigte Gebiet. Als im Frühjahr 1921 das damalige Kabinett Fehrenbach das Londoner Diktat nicht angenommen hatte, wurden strafweise die Städte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort besetzt. Das war bereits ein Rechtsbruch, und er war es um so mehr, als die französische Besatzung in diesen Städten blieb, nachdem auch der Scheingrund für diese Maßnahmen beseitigt war.

Bei dem Einfall in das Ruhrgebiet ist die Verletzung des Versailler Vertrages, der schamlose Bruch des Völkerrechts, offenbar. Deutschland muß diese Vergewaltigung dulden, weil es wehrlos ist. Seine einzige Waffe ist der Protest. Vor aller Welt klagt Deutschland den Friedensbrecher an, und diese Anklage bleibt bestehen, wenn sich auch keine Macht findet, die dem vergewaltigten Schwachen ihren Beistand leiht. Dem Protest, den die Reichsregierung erhoben hat, schließt sich das ganze deutsche Volk, schließt sich insbesondere auch die deutsche Arbeiterklasse an.

Die Arbeiter haben ganz besondere Ursache, gegen den Gewaltakt zu protestieren. Sie erleben den ärgsten Feinden der Arbeiterschaft im Inneren, den reaktionären Feinden der Republik, das Feuer auf die Mühle. Die Arbeiterkassen bekämpfen den Revanchgeist und den Nationalitäten- und Rassenhaß. Auch in diesem Augenblick bekundet die deutsche Arbeiterkassen ihre Solidarität mit den französischen Klassenkämpfern sowohl wie mit den Arbeitern aller Länder. Wir wissen, daß diese Sympathie erwidert wird, und daß die französischen Arbeiterbrüder im Gewaltstreik der französischen Regierung gegen den Frieden und gegen das Recht in der gleichen Weise verurteilen wie wir. Dieser Gewaltstreik ist dazu angetan, die nationalstiftende Welle in Deutschland zu stärken. So schwer es uns auch die französischen Macht-

haber machen, werden wir doch nicht aufhören, diesen nationalistischen Geist zu bekämpfen, der politisch und wirtschaftlich gleich reaktionär und eine Gefahr für die Freiheit und den Aufstieg der Arbeiterklasse ist.

Der Einbruch in das Ruhrgebiet muß die schwersten wirtschaftlichen Folgen für das deutsche Volk haben, die mit voller Wucht die Arbeiterklasse treffen. Das Ruhrgebiet mit seinem Kohlenbergbau und den Riesenbetrieben der Metallindustrie ist das wirtschaftliche Herz Deutschlands. Wenn hier der Pulsschlag stockt, dann hat das die verberberlichsten Folgen für das Wirtschaftsleben in ganz Deutschland. Unsere Industrie leidet ohnehin schwer an dem Rohlenmangel, der durch den Tribut verursacht wird, den wir den Siegern im Weltkrieg schulden. Legt der französische Militarismus nun auch seine Hand auf die Produktionsstätten der Kohlen, dann wird sich die Wirkung in ganz Deutschland in der schwersten Weise fühlbar machen. Schon allein die Tatsache der Besetzung des Ruhrgebiets vernichtet den letzten Kredit Deutschlands. Der rapide Sturz der Mark, mit dem die Börse auf den französischen Gewaltstreik reagiert hat, und die in seinem Gefolge einhergehende Verteuerung der Lebenshaltung sind erst ein Vorboten für all das Übel, das dem deutschen Volke und ganz besonders der Arbeiterschaft bevorsteht.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat gemeinsam mit dem Allgemeinen Freien Angestelltenbund und dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund am 11. Januar einen Aufruf erlassen, der in der gesamten Arbeiterschaft Widerhall finden wird. In dem Aufruf heißt es u. a.:

Die französisch-belgische Einmarschnote verpflichtet die deutschen Gewerkschaften unter Androhung scharfer Strafen, allen wie immer gearteten Befehlen der Besatzungsbehörden widerspruchslos Folge zu leisten, sogar sie zu unterstützen. In den schlimmsten Tagen der Reaktion haben die herrschenden Gewalten an die Gewerkschaften derartig entwürdigende Zumutungen nicht zu stellen gewagt.

Die hier von den Besatzungsmächten aufgestellten Grundzüge widersprechen allen im Völkerbundsvertrag enthaltenen Sicherungen für das Selbstbestimmungsrecht der Völker und der damit untrennbare Zusammenhang stehenden Koalitionsfreiheit der Arbeitnehmer.

Die Gewerkschaften rufen die Arbeiter, Angestellten und Beamten auf, alles Trennende in ihren Reihen zurückzustellen und den ihnen aufgezwungenen Kampf gegen den unerfülllichen und kriegsrischen Imperialismus geschlossen zu führen.

Sie erwarten von der Regierung Maßnahmen, damit die bei der politischen Situation entstehenden wirtschaftlichen Folgen und Opfer nicht von den breiten Massen des Volkes allein oder überwiegend getragen werden müssen. Sie halten es für selbstverständlich, daß die Verlegung des Kohlenyndikats nicht zur Aufhebung der gemeinsamen wirtschaftlichen Kohlenbewirtschaftung führt.

Die freien Gewerkschaften Deutschlands rufen die Arbeiter aller Länder auf, ihnen den Kampf gegen die Verweigerung der fundamentalsten Grundrechte der Arbeitnehmer und gegen ihre Verelendung nicht allein zu überlassen; denn ihr Kampf ist auch der Kampf der Arbeiterklasse der ganzen Welt.

Wir hoffen, daß dieser Appell nicht ungehört verhallt. Er muß einen Widerhall auslösen von solcher Macht und solcher Wucht, daß ihm auch der böse Wille der augenblicklichen Gewalthaber nicht widerstehen kann.

Die Teuerung im Jahre 1922.

Bei den Lohnverhandlungen zu Beginn dieses Jahres argumentierten die Unternehmer vielfach mit der Behauptung, daß eine Lohnforderung nicht berechtigt sei, weil die Preise im Dezember nicht gestiegen wären. Selbst dann, wenn diese Behauptung richtig gewesen wäre, würde sie nichts über die Berechtigung einer Lohnforderung für den Januar sagen; in Wirklichkeit ist sie aber grundfalsch. Die Aufwärtsbewegung der Preise hat im Dezember weitere Fortschritte gemacht, und der Umstand, daß die Wochenstatistik der „Industrie- und Handelszeitung“ für die Woche vom 16. bis 22. Dezember ein geringfügiges Weichen der Großhandelspreise anzeigt, hat nichts zu sagen, denn dieser Rückgang war bald wieder weitgemacht. Der Großhandelsindex der „Industrie- und Handelszeitung“ betrug im Durchschnitt des Monats Dezember 1726; er war gegenüber dem Novemberdurchschnitt, der 1324,64 betrug, um 30 Prozent gestiegen. Hier ist der Vorkriegspreis gleich 1 gesetzt. Der wiedergegebene Index zeigt also an, um das Wievielfache die Preise seit der Vorkriegszeit

gestiegen sind. Nach den Berechnungen der „Frankfurter Zeitung“ war der Großhandelsindex der von ihr in Betracht gezogenen 98 Waren von 1874/25 Anfangs Dezember auf 205417 Anfangs Januar, das ist um 22,5 Prozent, gestiegen. Nach dieser Berechnung wären die Großhandelspreise zu Beginn des Jahres 1923 2054mal so hoch gewesen wie vor dem Kriege.

Das Statistische Reichsamt errechnet für den Durchschnitt des Monats Dezember, daß die Großhandelspreise 1475mal so hoch waren wie in der Vorkriegszeit, sie waren gegenüber den Preisen im Durchschnitt des Monats November um 28,1 Prozent gestiegen. In der folgenden Tabelle geben wir eine Übersicht über die Entwicklung der Großhandelspreise nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes in den einzelnen Monaten des Jahres.

Großhandelspreise und Dollarkurs im Durchschnitt der einzelnen Monate des Jahres 1922.

1922	Großhandelsindex d. Statist. Reichsamtes			Dollarkurs			
	Monatsdurchschnitt	Steigerung gegenüber dem Vormonat %	Steigerung gegenüber Januar 1922 %	Monatsdurchschnitt	Steigerung gegenüber dem Vormonat %	Steigerung gegenüber dem Vormonat %	Steigerung gegenüber Januar 1922 %
Januar	36,7	—	1	191,8	45,7	—	1
Februar	41,1	12,0	12,0	208,8	49,5	8,3	8,3
März	54,3	32,1	48,0	234,2	67,7	36,8	48,1
April	63,6	17,1	73,3	291,0	89,3	2,4	51,6
Mai	64,6	1,6	74,4	290,1	69,1	—0,3	51,2
Juni	70,3	8,8	91,6	317,4	75,6	9,4	65,4
Juli	100,6	43,1	174,1	493,2	117,4	55,3	156,9
August	179,9	78,8	390,2	1134,2	270,0	130,0	490,8
September ..	287,0	59,5	682,0	1465,9	349,0	29,3	643,7
Oktober	566,0	97,2	1442,2	3181,0	757,4	117,0	1557,3
November ..	1151,0	103,4	3036,2	7183,0	1710,2	125,8	3642,2
Dezember ...	1475,0	28,1	3919,1	7589,0	1806,9	5,7	2356,7

Aus der ersten Rubrik der Tabelle ergibt sich, um das Wievielfache die Großhandelspreise im Durchschnitt jeden Monats gegenüber der Vorkriegszeit gestiegen waren. Die zweite Spalte zeigt die Steigerung von Monat zu Monat. Hiernach haben sich zum Beispiel die Preise von Oktober zu November um 103,4 Prozent, von November zu Dezember um 28,1 Prozent erhöht. In der dritten Rubrik sind die Durchschnittspreise der einzelnen Monate mit dem Stande vom Januar 1922 verglichen. Hiernach wären die Großhandelspreise im Laufe des Jahres 1922 um 3919 Prozent gestiegen, das heißt, sie waren um etwa 40mal so hoch wie im Januar.

Der zweite Teil der Tabelle zeigt die Bewegung des Dollarkurses an der Berliner Börse, und zwar im Durchschnitt der einzelnen Monate. In der zweiten Rubrik ist der Vorkriegskurs gleich 1 gesetzt; die Zahlen zeigen also, um das Wievielfache der Dollar in jedem Monat gegenüber dem Vorkriegsstand gestiegen war. Dann ist in der folgenden Rubrik die Steigerung jeweils gegenüber dem Vormonat und in der letzten Rubrik die Steigerung gegenüber dem Januar 1922 angegeben.

Aus dieser Tabelle ergibt sich, daß im Durchschnitt des Jahres 1922 der Dollar um das 1806fache, die Großhandelspreise um das 1475fache gestiegen sind; die Preise haben also die Steigerung des Dollars noch nicht erreicht. Vergleicht man die Steigerung der Großhandelspreise und des Dollars von Monat zu Monat, dann findet man, daß diese beiden Kurven sehr ungleich verlaufen. Aber was die Preise in dem einen Monat veräußert haben, holen sie im nächsten wieder ein, und das Endergebnis ist, daß im Dezember die Großhandelspreise gegenüber dem Durchschnitt des Jahres noch um ein geringes stärker gestiegen waren als der Dollarkurs, nämlich um 3919 Prozent gegen 3857 Prozent Steigerung des Dollarkurses. Diese Zahlen zeigen die engen Beziehungen zwischen Dollarkurs und Warenpreisen. Wenn jetzt, infolge des Einbruchs der Franzosen in das Ruhrgebiet, der Dollar auf weit über 10 000 hinaufgeschossen ist, so folgt daraus, daß wir diesen Bruch des Völkerrechts durch die französische Regierung zunächst mit einer riesigen Vertierung der Warenpreise wieder bezahlen müssen, ganz abgesehen von den sonstigen schlimmen Folgen.

Die Lebenshaltungskosten müssen den Großhandelspreisen notwendig folgen. Sie bleiben in dem Maß der Steigerung hinter diesen zurück, aber der Unterschied wird meist in kurzer Zeit ausgeglichen. Daraus ergibt sich, daß, wenn wirklich einmal ein Stillstand in der Aufwärtsbewegung der Großhandelspreise eintreten sollte, es noch nicht berechtigt wäre, auch mit der Lohnsteigerung auszusparen oder gar die Löhne abzubauen. Auch beim Stillstand oder Rückgang der Großhandelspreise werden die Lebenshaltungskosten zunächst noch eine Zeitlang weiter steigen.

Die Lebenshaltungskosten im Jahre 1922 nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamtes.

1922	Ernäh- rung	Heizung und Beleuchtung	Wohnung	Reichs- index ohne Beklei- dung	Reichs- index mit Beklei- dung	Reichs- index mit Beklei- dung	Reichs- index mit Beklei- dung
Januar	2463	2094	236	1825	—	—	—
Februar	3029	2385	240	2209	21,0	—	—
März	3492	2963	250	2639	19,5	—	—
April	4356	3497	287	3175	20,3	4829	3436
Mai	4680	4411	307	3462	9,9	5688	3803
Juni	5119	4842	313	3779	9,2	6519	4147
Juli	6846	5049	343	4990	32,0	8016	5392
August	9746	7716	407	7029	40,9	12571	7765
September	13417	10112	417	11876	61,8	26094	13319
Oktober	20623	15175	793	19304	71,4	38351	22066
November	34083	26530	1133	40047	105,3	74162	44610
Dezember	30762	26531	1653	61116	52,7	116113	63500
Erhöhung im Dezemb. gegenüber Novemb.	48,8	104,4	45,8	52,7	—	56,6	53,6

Eine vergleichende Darstellung der Zahlen ist schwieriger, weil das Statistische Reichsamt nicht nur im Laufe des Jahres seine Berechnungsmethode geändert hat, es hat auch die Indizes einschließlich Bekleidung erst vom April an veröffentlicht. Wir geben die Indizes für Ernährung, Heizung und Beleuchtung sowie Wohnung und den Gesamtindex aus diesen Monaten von Januar an, dagegen den Index für Bekleidung und den Gesamtindex aus allen vier Monaten nur von April an. Durch die Hinzunahme der Bekleidung ist der Gesamtindex wesentlich gestiegen. Aus den Zahlen für Dezember geht hervor, daß im Durchschnitt dieses Monats gegenüber dem November die Ausgaben für Ernährung um 48,8 Prozent, für Heizung und Beleuchtung um 104,4 Prozent, für Wohnung um 45,8 Prozent, für Bekleidung um 52,7 Prozent, die gesamten Lebenshaltungskosten einschließlich Bekleidung um 53,6 Prozent gestiegen sind.

Die Kosten der Lebenshaltung waren im Durchschnitt des Dezember 88mal so hoch wie vor dem Kriege. Es wird wohl kaum einen Ort in Deutschland geben, wo die Löhne im Durchschnitt des Dezember im gleichen Maße gestiegen waren. Hier selbst wenn dieses Verhältnis wieder erreicht wäre, würde sich daraus doch eine Herabsetzung der Lebenshaltung ergeben, denn die Zahlen des Statistischen Reichsamtes liegen eine Lebenshaltung zugrunde, die wesentlich tiefer liegt als die durchaus nicht üppige Lebenshaltung, die der deutsche Arbeiter vor dem Kriege hatte.

Bei den Verhandlungen über die Regelung der Löhne wird man sich nicht ausschließlich auf die Indizes stützen können, aber als Material neben anderem muß diese amtlichen Zahlen vor nicht zu unterschätzender Bedeutung. Deshalb empfiehlt sich auch die ausführliche Wiedergabe. Man muß dieses Material aber auch richtig verwenden. Wenn die Preise so hoch wie jetzt sind, wie gegenwärtig, waren die Durchschnittszahlen für Dezember schon in der zweiten Hälfte des Dezember überholt. Bei den Verhandlungen dreht es sich aber um die Löhne für eine künftige Zeit. Die Zahlen müssen also mit Vorsicht benutzt werden, wo das gilt, haben sie mehr als nur historisches Interesse.

Gauvorsteherkonferenz.

Auf den 8. und 9. Januar hatte der Verbandsvorstand die Gauvorsteher zu einer Konferenz nach Berlin geladen, um verschiedene Verbandssachen mit ihnen zu beraten. Der Termin für diese Konferenz war schon früher festgelegt worden, es hätte aber kein besserer Zeitpunkt sein können, als dieser Augenblick, in dem wir uns mit verschiedenen Schwierigkeiten in einer äußerst schwierigen Situation befinden. Es handelt sich dabei nicht nur um die politische Krise, die aus dem Scheitern der Reichsregierung, der Ernennung neuer Minister und der daraus resultierenden Zerschlagung des Einmütigen der Reichsregierung hervorgeht, sondern auch um die wirtschaftliche Krise, die aus dem Scheitern der Reichsregierung hervorgeht, und die aus dem Scheitern der Reichsregierung hervorgeht.

Die Gauvorsteherkonferenz hat sich auf der ganzen Linie im Sinne der Verbandssachen gehalten. Man hat sich über die verschiedenen Verbandssachen im allgemeinen verständigt, und man hat sich über die verschiedenen Verbandssachen im allgemeinen verständigt. Man hat sich über die verschiedenen Verbandssachen im allgemeinen verständigt, und man hat sich über die verschiedenen Verbandssachen im allgemeinen verständigt. Man hat sich über die verschiedenen Verbandssachen im allgemeinen verständigt, und man hat sich über die verschiedenen Verbandssachen im allgemeinen verständigt.

Die Gauvorsteherkonferenz hat sich auf der ganzen Linie im Sinne der Verbandssachen gehalten. Man hat sich über die verschiedenen Verbandssachen im allgemeinen verständigt, und man hat sich über die verschiedenen Verbandssachen im allgemeinen verständigt. Man hat sich über die verschiedenen Verbandssachen im allgemeinen verständigt, und man hat sich über die verschiedenen Verbandssachen im allgemeinen verständigt. Man hat sich über die verschiedenen Verbandssachen im allgemeinen verständigt, und man hat sich über die verschiedenen Verbandssachen im allgemeinen verständigt.

der Aufstellung bedarf. Unseres Erachtens waren die Regierungsstellen sehr übel beraten, die angesichts der drohenden außenpolitischen Gefahren auf die Herbeiführung schwerster innerpolitischer Konflikte hinarbeiten. Denn daß Vorkämpfe in solchem Ausmaß, wie sie angesichts der Stellung des Unternehmertums zu erwarten waren, notwendig politische Konsequenzen haben, muß auch Leuten mit geringem Weitblick einleuchten.

Unsere Gauvorsteherkonferenz hat die Verhältnisse, soweit sie die Holzindustrie unmittelbar betreffen, eingehend erörtert. Über die zu ergreifenden Maßnahmen herrschte unter den Teilnehmern der Konferenz volle Einmütigkeit. Daneben wurden noch verschiedene Vertragsfragen besprochen. So die Frage der Allgemeinverbindlichkeit der Tarifverträge. Ferner die Bemessung der Akkordpreise bei rasch wechselnden Vertragslöhnen; das Thema, das in mehreren instinktiven Ausfällen in der „Holzarbeiter-Zeitung“ behandelt worden ist. Auch die richtige Bemessung der Spannung bei den Vertragslöhnen zwischen den einzelnen Ortsklassen und den verschiedenen Arbeiterkategorien wurde in den Bereich der Erörterung gezogen.

Sehr eingehend wurde über die Bemessung der verschiedenen Unterstufungen diskutiert. Die fortgeschrittene Geldentwertung bewirkt, daß die Unterstufungen, die nach der Höhe der Beiträge bemessen werden, die vor einer Reihe von Wochen gezahlt wurden, allgemein als zu niedrig empfunden werden. Die Forderung, die sehr häufig von den Kollegen erhoben wird, daß die Karenzzeit für die Bemessung der Streitunterstützung herabgesetzt werde, ist verständlich und berechtigt, ihre Erfüllung scheitert aber an der Tatsache, daß die Verbandskasse keine anderen Einnahmen hat als die Beiträge der Mitglieder, mit denen sie auskommen muß. Die sozialen Unterstufungen sind noch niedriger als die Streitunterstützung. Neuerdings mehren sich die Anregungen, auch diese Unterstufungen etwas besser auszugestalten.

Um diesen mannigfachen Wünschen entgegenzukommen, hat der Verbandsvorstand eine Vorlage ausgearbeitet, nach welcher für die Bemessung der Streitunterstützung der Durchschnitt aus den letzten zehn Beiträgen maßgebend ist, die das einzelne Mitglied gezahlt hat. Die Unterstufung soll ein Mehrfaches dieses Durchschnittsbeitrages sein, und dieser Multiplikator steigt mit der Dauer der Mitgliedschaft im Verbande. Ebenso soll der Zuschlag für die Kinder der Streitenden in ein Verhältnis zum Durchschnittsbeitrag gebracht werden. Ähnlich soll die Höhe der sozialen Unterstufungen bemessen werden, nur daß hier der Zeitraum, aus dem der Durchschnittsbeitrag berechnet wird, länger und der Multiplikator ein anderer ist.

Diese Vorlage wurde in der Gauvorsteherkonferenz gründlich durchgesprochen. Die aufgeworfene Frage, ob es richtiger ist, die Durchführung der neuen Methode der Unterstufungsberechnungen von einem Beschluß des Verbandstages abhängig zu machen, oder damit gleich vorzugehen, wurde von der großen Mehrheit der Konferenzteilnehmer im letzteren Sinne beantwortet. Im großen und ganzen fand der Plan des Vorstandes die Zustimmung der Gauvorsteher: in einzelnen Punkten wurden allerdings Abänderungsvorschläge gemacht. Nach unserm Verbandsstatut hat die Gauvorsteherkonferenz kein Beschlußrecht. Die Beschlußfassung obliegt dem Vorstand in Verbindung mit dem Verbandsauschuß, dessen Vorsitzender übrigens auch an der Konferenz teilnahm. Inzwischen hat der Verbandsvorstand unter Berücksichtigung der Stellungnahme der Gauvorsteher die erforderlichen Beschlüsse gefaßt. Die Zustimmung des Auschusses steht zu erwarten, so daß die Bekanntgabe der neuen Regelung der Unterstufungsberechnungen wohl schon in der nächsten Nummer der „Holzarbeiter-Zeitung“ erfolgen kann. Sie soll dann sofort in Kraft treten.

Eine sehr interessante Ansprache knüpfte sich an den Vortrag, den Kollege Tarnow über die gegenwärtige Wirtschaftslage hielt. Er behandelte die großen Probleme der Produktion und der Konsumtion in ihrem Verhältnis zueinander, betonte die Notwendigkeit der Produktionssteigerung, für die er Wege zeigte, die Erfolg versprechen, sowie daß am nächsten Tag gerüstet zu werden braucht. Dann besprach er auch die Probleme der Holzabwirtschaftung und die Mittel zur Bekämpfung der großen Mischelnde, die sich auf diesem Gebiet herausgebildet haben. Auf den Vortrag und die wertvolle Diskussion, die sich an ihn knüpfte, können wir in diesem Zusammenhang nicht näher eingehen; es ist aber Vorlage getroffen, die interessanten Gedankengänge, die entwickelt wurden, auch weiteren Mitgliederkreisen zur Kenntnis zu bringen.

Der Kollege Tarnow sprach auch über seine bisherige Tätigkeit als Jugendsekretär. Es sind bisher schon manche Erfolge erzielt worden, wobei besonderer Wert auf die Berufsbildung des Nachwuchses gelegt wird. Einmal mehr bringen auch die jungen Leute selbst ihrer persönlichen Fortbildung großes Interesse entgegen. Das macht man sich nur in ihren Zukunftsplänen; die Tatsache, daß auch in der Verlagsanstalt unseres Verbandes die Fachfrage nach Fachliteratur gerade seitens der Jugendlichen sehr reg ist, zeugt von dem großen Streben des Nachwuchses. Die Gauvorsteher haben ihrerseits ihrerseits großen Ansehen der Jugendberatung bisher nur wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Einige berichteten aber über sehr gute Erfahrungen, und im allgemeinen wird dieser Zweig unserer Verbandstätigkeit künftig noch mehr gepflegt werden als bisher.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Die neuen Postgebühren.

Am 15. Januar 1923 ist ein neuer Postgebührentarif in Kraft getreten, dessen wichtigsten Sätze wir nachstehend wiedergeben:

Postarten	10 Wt.	25 Wt.
Briefe bis 20 Gramm	20	50
Über 20 bis 100 Gramm	30	70
„ 100 „ 250 „	50	90

Druckfachen bis 25 Gramm	10 Wt.
über 25 „ 50 „	20
„ 50 „ 100 „	30
„ 100 „ 250 „	50
„ 250 „ 500 „	70
„ 500 „ 1000 „	90
„ 1000 „ 2000 „	(nur für einzeln versandte ungeteilte Druckbände) 180

Anfragskarten, auf deren Vorderseite Größe oder ähnliche Maßangaben mit höchstens fünf Worten niedergeschrieben sind, 10 Wt. Anderfalls die Gebühr für Postkarten.

Geschäftspapiere bis 250 Gramm	50 Wt.
über 250 „ 500 „	70
„ 500 „ 1000 „	90

Die gleichen Sätze gelten auch für Warenproben, die jedoch nur bis 500 Gramm zulässig sind. Druckfachen, Geschäftspapiere und Warenproben werden nur befördert, wenn sie freigemacht sind. Für unzureichend freigemachte Sendungen wird das Doppelte des Fehlbetrages nachgehoben.

Päckchen bis 1000 Gramm	100 Wt.
-------------------------	---------

Pakete bis 2 Kilogramm	200 Wt.	400 Wt.
über 3 „ 5 „	300	600
„ 5 „ 6 „	350	700
„ 6 „ 7 „	400	800
„ 7 „ 8 „	450	900
„ 8 „ 9 „	500	1000
„ 9 „ 10 „	550	1100
„ 10 „ 11 „	600	1200
„ 11 „ 12 „	650	1300
„ 12 „ 13 „	700	1400
„ 13 „ 14 „	750	1500
„ 14 „ 15 „	800	1600
„ 15 „ 16 „	850	1700
„ 16 „ 17 „	900	1800
„ 17 „ 18 „	950	1900
„ 18 „ 19 „	1000	2000
„ 19 „ 20 „	1050	2100

Zeitungspakete bis 5 Kilogramm	150	300
--------------------------------	-----	-----

Wertpapiere (Wertbriefe und Wertpakete) die Gebühr für eine gleichartige eingeschriebene Sendung und die Versicherungsgeldgebühr bis 5000 Wt. 40 Wt. bei Wertbriefen und versiegelten Wertpaketen sowie 20 Wt. bei unversiegelten Wertpaketen. Bei einer Versicherungssumme von über 5000 bis 10000 Wt. 80 Wt. bzw. 40 Wt.; bei über 10000 Wt. für je 10000 Wt. oder einen Teil davon 80 Wt. bzw. 40 Wt.

Postanweisungen bis 1000 Wt.	30 Wt.
über 1000 „ 5000 „	40
„ 5000 „ 10000 „	60
„ 10000 „ 20000 „	100
„ 20000 „ 30000 „	140
„ 30000 „ 40000 „	180
„ 40000 „ 50000 „	220

Zahlkarten bis 1000 Wt.	15 Wt.
über 1000 bis 5000	20
„ 5000 „ 10000 „	30
„ 10000 „ 20000 „	50
„ 20000 „ 30000 „	70
„ 30000 „ 40000 „	90
„ 40000 „ 50000 „	110
für je weitere 10000 „ mehr	20

Die Einschreibgebühr ist auf 40 Wt. festgesetzt, die Vorzeigegeldgebühr für Nachnahmen und Verkaufserlöse auf 25 Wt. Außerdem wird bei Nachnahmen und Verkaufserlösen eine Einziehungsgebühr von 1 Wt. von jedem angefangenen Tausend der eingezogenen Beträge erhoben.

Für die Selbstbestellung sind bei Vorauszahlung zu entrichten: Für eine Briefsendung nach dem Ortsbestellbezirk 50 Wt., nach dem Landbestellbezirk 175 Wt. Für ein Paket im Ortsbestellbezirk bis 10 Kilogramm 125 Wt., über 10 Kilogramm 175 Wt.; im Landbestellbezirk bis 10 Kilogramm 250 Wt., über 10 Kilogramm 300 Wt.

Neu eingeführt werden Besatzgebühren für die in die Wohnung zu bestellenden Pakete, und zwar für jedes Paket bis 10 Kilogramm 50 Wt., über 10 Kilogramm 100 Wt., für jedes Zeitungspaket 25 Wt. Für die bei den Postanstalten abzuholenden Pakete wird eine Paketausgabegebühr erhoben, und zwar für jedes Paket bis 10 Kilogramm 25 Wt., über 10 Kilogramm 50 Wt., für jedes Zeitungspaket 15 Wt.

Telegramme auf alle Entfernungen 80 Wt. Grundgebühr und für jedes Wort 40 Wt. Im Ortsverkehr 40 Wt. Grundgebühr und für jedes Wort 20 Wt.

Die Inlandgebühren für Briefsendungen, Wertsendungen, Postanweisungen und Pakete gelten auch nach dem Saargebiet (jedoch Päckchen nicht zugelassen) sowie nach dem Gebiet der freien Stadt Danzig und dem Memelgebiet. Die Inlandgebühren für Briefsendungen gelten ferner nach Luxemburg und Österreich (Päckchen nach beiden Ländern nicht zugelassen). Für Postkarten und Briefe bis 20 Gramm nach Ungarn und der Tschechoslowakei gelten niedrigere als die allgemeinen Auslandsgebühren.

Die Auslandsgebühren betragen vom 15. Januar 1923 an: für Postkarten 90 Wt., jedoch nach Ungarn und der Tschechoslowakei 70 Wt.;

für Briefe bis 20 Gramm 150 Wt., jede weiteren 20 Gramm 75 Wt. (Reisegewicht 2 Kilogramm), jedoch nach Ungarn und der Tschechoslowakei bis 20 Gramm 120 Wt., jede weiteren 20 Gramm 75 Wt. mehr; für Druckfachen für je 50 Gramm 30 Wt.

Ein Schritt zur Beseitigung der Ausfuhrabgabe. In ihrem Kampf gegen die Ausfuhrabgabe können die Unternehmer einen neuen Erfolg buchen. Der Wirtschaftspolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates hat beschlossen, die Regierung zu ersuchen, die im August 1922 vorgenommene Erhöhung der Ausfuhrabgabe aufzuheben. Dieser Beschluß

wurde ein f i m i g gefaßt, also auch die Arbeitervertreter haben für ihn gestimmt. Von den Unternehmern wurde die resülose Beseitigung der Ausfuhrabgabe gefordert. Das ist ihnen diesmal noch nicht gelungen; der jetzt erzielte Erfolg ist aber immerhin ein verheißungsvoller Anfang.

Die Unternehmer haben auch diesmal wieder ihre Forderung damit begründet, daß die Ausfuhrabgabe die Warenausfuhr hemme und schuld sei, wenn die Arbeitslosigkeit in Deutschland immer größer werde. Wäre es so, dann hätten die Arbeitervertreter selbstverständlich die Pflicht, für den Abbau der Ausfuhrabgabe einzutreten. Bei näherer Prüfung der „volkswirtschaftlichen Gründe“ der Unternehmer zeigt sich aber, daß sie in der Regel ein Borkend sind für das Bestreben, die Valutagewinne reiflos in den Unternehmergeldsack fließen zu lassen. Wollte man den Worten der Unternehmer glauben, dann werden Valutagewinne nicht mehr gemacht. Angeblich haben die Inlandpreise die Weltmarktpreise erreicht, teilweise sogar überschritten. Bei einigen Waren mag dies zutreffen, bei den meisten Waren aber ist die Spanne zwischen Inland- und Weltmarktpreis auch heute noch so groß, daß die Unternehmer immer noch recht ansehnliche Valutagewinne machen. Selbst bei solchen Waren, für die in größerem Umfang ausländische Rohstoffe gebraucht werden, steht der Inlandpreis noch wesentlich unter dem Weltmarktpreis. Aus der Holzindustrie sind uns Fälle bekannt, wo die Ausfuhrmindestpreise heute noch 70 Prozent höher sind als die Inlandpreise. Hierbei handelt es sich um eine Ware, die im Inland etwa 800 000 Mk. kostet und in großen Mengen ins Ausland geliefert wird. In einem anderen Falle steht der Inlandpreis um etwa 100 Prozent unter dem Ausfuhrmindestpreis. Hier handelt es sich allerdings um einen kleineren Artikel. Wenn die Spanne zwischen Inland- und Weltmarktpreis auch nicht bei allen Waren so groß ist wie in den beiden erwähnten Fällen, so ist sie bei fast allen Waren doch noch so groß, daß die erhöhte Ausfuhrabgabe sehr wohl von den Unternehmern getragen werden kann. Vielleicht erfordert die eine oder andere Industrie eine Ausnahmebehandlung; in diesem Falle müßten selbstverständlich auch die Arbeitervertreter für die Ermäßigung der Ausfuhrabgabe eintreten. Auf die bloße Behauptung der Unternehmer, daß sie die Ausfuhrabgabe nicht tragen können, darf man freilich nicht viel geben. Uns will scheinen, daß die Arbeitervertreter im Wirtschaftspolitischen Ausschuß der Unternehmernworten ein bischen zuviel Vertrauen entgegengebracht haben. Vielleicht sind ihnen für einige Industrien auch Beweise erbracht worden, die einen Abbau der Ausfuhrabgabe rechtfertigen, dann aber durften sie noch nicht einem Antrag zustimmen, der alle Industrien gleichmäßig behandelt.

Der Reichswirtschaftsrat ist eine Körperschaft von wirtschaftlichen Sachverständigen. Das sei anerkannt. Kein Mensch wird aber von ihnen verlangen, daß sie nun auch die so verschiedenartig gelagerten Verhältnisse in den einzelnen Industrien kennen müssen. Das ist unmöglich. Deshalb wäre es richtiger gewesen, der Wirtschaftspolitische Ausschuß hätte sich zunächst an die Außenhandelsausschüsse der einzelnen Außenhandelsstellen gewandt. Wir glauben nicht, daß die Arbeitervertreter in diesen Ausschüssen in allen Fällen für den Abbau der Ausfuhrabgabe eingetreten wären. Ja, wir möchten sogar bezweifeln, daß in allen Außenhandelsausschüssen ein dahingehender Antrag gestellt worden wäre. Durch den Beschluß des Wirtschaftspolitischen Ausschusses, dem sich die Reichsregierung sehr schnell angeschlossen hat, fällt allen Unternehmern ein Schlag in den Schoß, der sonst noch in weiter Ferne gelegen hätte. Den Schaden hat die Allgemeinheit.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 3. Wochenbeitrag für die Woche vom 14. Januar 1923 bis 20. Januar 1923 fällig geworden.

Berlin EO. 16, Am Kölnischen Port 2.

Der Vorstandsvorstand.

Zentral-Stellenvermittlung der Bildhauer.

Verlangt: Holzbildhauer nach Wittenberg, Bezirk Halle, (täglich) Minden, Wittweida, Friedberg, (mittl.) nach Rodtitz i. S., Rassel.

Reflektanten wollen sich schriftlich wenden an P. Dupont, Berlin EO. 16, Am Kölnischen Port 2.

Korrespondenzen.

Wagard. Am 7. Januar fand hier eine Delegiertenkonferenz für die im neu gebildeten Bezirk Sinterpommern zusammengefügten Verwaltungsteile statt. Nach einem mit Beifall aufgenommenen Vortrag des Kollegen Jahn vom Vorstand wurde die Wahl eines Bezirksbeamten vorgenommen. Die Wahl fiel auf den Kollegen Artur Schulz (Großschönau). Nach Erörterung des Vertrags- und Unterstützungswezens unseres Verbandes und Besprechung allgemeiner Verbandsangelegenheiten wurde die anregend verlaufende Konferenz vom Gewerkschafter, Kollegen Jahnberg, geschlossen.

Elz (Kreis Limburg a. d. Rh.). (Ein seltenes Verursachungsfall.) Am letzten Abendtag begann unser langjähriges Mitglied, der Kollege Joh. Müller 10. Rammer, nieselst. Am 1. Januar waren 60 Jahre verfloßen, jetzt er als 14-jähriger Schülerkinder junger Mensch bei der Firma Elz in Zelluloidwaren-Fabrik, A.-G., in Bielefeld, a. d. Rh. Seitdem hat er ununterbrochen seine Arbeit bei genannter Firma verrichtet. Der Jubilar, der ein eifriger und treuer Mitarbeiter unseres Verbandes ist, wurde in feierlicher Weise durch seinen Arbeitgeber, den Handelsrat sowie seiner Kollegen als Mitarbeiter geehrt. Möge es ihm vergönnt sein, sich noch lange seiner Gesundheit zu erfreuen.

Unsere Lohnbewegungen.

Streik in der Provinz Sachsen und Anhalt.

Die Streikbewegung in der Provinz Sachsen und Anhalt dauert bereits fünf Wochen. Die Interessengemeinschaft der dortigen Arbeitgeberverbände hat den Spruch des vom Reichsarbeitsministerium eingeleiteten Schiedsgerichts über die Dezemberlöhne abgelehnt. Weitere Einigungsverhandlungen, die am 29. Dezember im Reichsarbeitsministerium in Berlin stattfanden, führten ebenfalls zu keiner Verständigung. Mit Beginn des neuen Jahres haben unsere Kollegen in Magdeburg und Halle die Kampffront vergrößert, worauf die Unternehmer in anderen Orten des Bezirks zur Aussperrung griffen. Es befinden sich gegenwärtig die Kollegen in folgenden Orten im Kampfe: Magdeburg, Halle, Dessau, Halberstadt, Bernigerode, Schöningen, Burg bei Magdeburg, Roslau, Salzweber, Helmstedt, Aschersleben, Oschersleben, Blankenburg, Duedlinburg, Staßfurt, Okerburg und Schönebeck.

Auf Veranlassung des Magdeburger Regierungspräsidenten fand die Parteien am 10. Januar erneut zusammengetreten. Zu gründlichen Beratungen ist es aber wieder nicht gekommen. Eine ernsthafte Aussprache mit unserer Verhandlungskommission wurde von den Unternehmern nicht beliebt. Erst nach vielen Bemühungen gelang es dem Vertreter unseres Zentralvorstandes, den Unternehmern einen Vermittlungsvorschlag zu unterbreiten. Der Vorsitzende der Arbeitgeber erklärte jedoch, daß er im Auftrage seiner Kommission eine Diskussion über diesen Vermittlungsvorschlag, der als Verhandlungsgrundlage gedacht war, nicht zulassen könne. Die Unternehmer verlangten bedingungslose Anerkennung ihres lächerlich geringen Lohnangebots. Diese Zumutung ist von unseren Vertretern abgelehnt worden. Streik und Aussperrung dauern unverändert fort, bis die Unternehmer zu ernsthaften Verhandlungen bereit sind.

Für den Landesbezirk Württemberg und Baden wurde ergebnislos verhandelt. Dierauf wurde das Arbeitsministerium zur Vermittlung angerufen. Am 11. Januar wurde ein Schiedsspruch gefällt, durch den der Lohn in der II. Ortsklasse ab 4. Januar auf 425 Mk., ab 18. Januar auf 470 Mk. erhöht wird.

Im Landesbezirk Bayern hatte das Ministerium für Soziale Fürsorge nach dem Scheitern der Verhandlungen den Zutritt eines Zwangsschiedsgerichtes auf den 29. Dezember anberaumt. Da sich die Unternehmer zur Ausnahme weiterer Verhandlungen bereit erklärten, fanden solche am 2. Januar statt. Sie scheiterten aber wiederum, worauf das vom Ministerium eingesetzte Schiedsgericht am 5. Januar zusammentrat. Die Entscheidung ging dahin, daß der Durchschnittslohn in der zweiten Klasse ab 29. Dezember 460 Mk. beträgt mit Abstrichen für die folgenden Klassen in dem seitherigen Verhältnis. Demnach würde der Durchschnittslohn für über 22 Jahre alte Facharbeiter in den Ortsklassen II bis VI betragen 460 Mk., 437 Mk., 414 Mk., 391 Mk. und 368 Mk. betragen. Die Unternehmer haben den Schiedsspruch abgelehnt und wollen nur 35 Mk. Zulage zahlen. Nuncmehr ist beantragt worden, den Schiedsspruch für verbindlich zu erklären.

Für den Landesbezirk Thüringen wurden die ergebnislos abgebrochenen Verhandlungen am 5. Januar unter dem Vorbehalt eines Unparteiischen aufgenommen. Es wurde eine Vereinbarung getroffen, nach der für die zweite Ortsklasse eine Zulage für die Zeit vom 1. bis 4. Januar von 50 Mk., vom 5. bis 11. Januar von 30 Mk. und vom 12. bis 18. Januar von 110 Mk. gewährt wird. Der Durchschnittslohn steigt damit auf 420 Mk.

Für den Landesbezirk Preussisch Ostpreußen wurde am 10. Januar im Arbeitsministerium verhandelt. Das Ergebnis war ein Schiedsspruch, nach welchem der Lohn in der I. Ortsklasse am 8. Januar auf 440 Mk., am 19. Januar auf 475 Mk. erhöht wird.

Die Verhandlungen für den Landesbezirk Schlesien am 11. Januar erbrachten Zulagen ab 13. Januar und ab 20. Januar im Gesamtbetrage von 70 Mk., 67,50 Mk., 67,50 Mk., 63,50 Mk. und 61,50 Mk. in den Ortsklassen II bis VI. Der Durchschnittslohn steigt damit auf 403,50 Mk., 391 Mk., 379 Mk., 367 Mk. und 355 Mk.

Die Verhandlungen für den Landesbezirk Provinz Brandenburg, die am 10. Januar geführt wurden, waren ergebnislos, da die Unternehmer nur lächerliche Zugeständnisse machten. Hier soll am 17. Januar unter Einwirkung der Zentralvorstände weiter verhandelt werden.

Für den Landesbezirk Westfalen-Schlesien wurden die Differenzen auf Grund des vom Staatskommissar für Demobilisierung gemachten Vergleichsvorschlages beigelegt. Die nach werden in zwei Raten, ab 1. Januar und ab 18. Januar, Zulagen gewährt, die in den Ortsklassen II bis VI insgesamt 110 Mk., 109 Mk., 108 Mk., 107 Mk. und 106 Mk. betragen. Der Durchschnittslohn steigt damit auf 370 Mk., 337 Mk., 354 Mk., 361 Mk. und 368 Mk.

Im Landesbezirk Hamburg-Schleswig-Holstein ist es nach wiederholten Verhandlungen am 9. Januar zu einer Verständigung gekommen. Für die Zeit vom 1. bis 18. Januar wird eine Zulage gewährt, die in den Ortsklassen I bis VI 65 Mk., 57 Mk., 53 Mk., 51 Mk., 49 Mk. und 47 Mk. beträgt. Der Durchschnittslohn steigt damit auf 465 Mk., 411 Mk., 385 Mk., 365 Mk., 351 Mk. und 336 Mk.

Für den Landesbezirk Bremen wurde am 6. Januar unter Einwirkung der Zentralvorstände verhandelt. Das Ergebnis war für die Zeit vom 1. bis 18. Januar eine Zulage, die in der zweiten Ortsklasse 45 Mk. beträgt. Damit steigt der Durchschnittslohn in den Ortsklassen II bis VI auf 410 Mk., 387 Mk., 367 Mk., 348,65 Mk. und 331,75 Mk.

Im Landesbezirk Niedersachsen war bei den am 5. Januar in Göttingen geführten Verhandlungen eine Verständigung nicht zu erzielen. Die Unternehmer hielten sich an die bekannte Parole, keine Lohnbewegung zu bewilligen. Sie hatten die Forderung hinsichtlich der Lohnbewegung, davon nicht abgeben zu können, so daß die Sitzung zwecklos war. In einigen Orten, wie Soltau, Lüneburg und Lutterberg, ist es bereits zur Arbeitseinstellung gekommen. Die Unternehmer haben angekündigt, daß sie vom 15. Januar an die Arbeiter im ganzen Bezirk aussperrten wollen.

Die Differenzen im Bezirk Städtisches Westfalen-Lippe sind beigelegt. Der Reichs- und Staatskommissar in Dortmund, der von den Unternehmern abgelehnt worden war, weil er für Lippe-Deinold nicht zuständig sei, ist vom Reichsarbeitsministerium beauftragt worden, womit dieser lächerliche Zuständigkeitsstreit erledigt war. Obwohl die Unternehmer erklärt hatten, sich an den Verhandlungen nicht beteiligen zu wollen, falls der Reichs- und Staatskommissar einen Schiedsspruch der sich aber nur auf die Löhne für die zweite Hälfte Dezember erstreckte. Am 10. Januar haben dann die Parteien direkt verhandelt, und es wurden Zulagen vereinbart, die in zwei Raten, am 2. Januar und 11. Januar, gewährt werden und für die Ortsklassen III bis VI insgesamt 75 Mk., 71,25 Mk., 67,70 Mk. und 64,30 Mk. betragen. Der Durchschnittslohn steigt damit auf 375 Mk., 356,25 Mk., 338,45 Mk. und 321,55 Mk. Auf Grund dieser Vereinbarung wurde in Minden, wo die Kollegen im Streik standen, die Arbeit wieder aufgenommen.

Für die Landesbezirke Rheingebiet und Rheinland-Westfalen wurde am 11. Januar gemeinsam verhandelt. Das Ergebnis war eine Vereinbarung, durch welche die Löhne in zwei Raten, am 11. und 18. Januar, erhöht werden. Diese Erhöhung beträgt in der I. Klasse insgesamt 127 Mk. Der Durchschnittslohn steigt damit in der Klasse Ia auf 502 Mk. In den Klassen I bis VI auf 500 Mk., 480 Mk., 460 Mk., 434,50 Mk., 409,50 Mk. und 384,50 Mk.

Für den Landesbezirk Hessen-Nassau (südlich) und Hessen wurde am 11. Januar ein Schiedsspruch gefällt, durch welchen der Durchschnittslohn in der ersten Ortsklasse ab 4. Januar auf 500 Mk., ab 18. Januar auf 620 Mk. erhöht wird.

Die Verhandlungen für die Sägewerksindustrie in Württemberg und Baden, die am 4. Januar in Stuttgart geführt wurden, ergaben keine Verständigung. Die Arbeitgeber boten schließlich Zulagen, die für Arbeiter über 25 Jahre in der Gruppe A eine Erhöhung der Löhne in den Ortsklassen I bis IV auf 387 Mk., 363 Mk., 341 Mk. und 314 Mk. bedeuten. Sie erklärten sich bereit, diese Sätze ab 2. Januar zu zahlen, obwohl die Arbeitervertreter den Abschluß eines Abkommens auf dieser Grundlage ablehnten. Weitere Verhandlungen wurden auf den 16. Januar anberaumt.

Für das bayerische Sägewerke wurde, nachdem die Verhandlungen am 3. Januar zu keinem Ergebnis geführt hatten, die Entscheidung eines Schiedsgerichtes angerufen, dessen Spruch dahin geht, daß der Mindestlohn für Arbeiter über 22 Jahre in der Berufsgruppe A in der Ortsklasse I ab 29. Dezember auf 380 Mk., ab 13. Januar auf 420 Mk. erhöht wird. Von letzterem Datum an beträgt hiernach der Mindestlohn dieser Gruppe in den Ortsklassen I bis V 420 Mk., 395 Mk., 365 Mk., 340 Mk. und 315 Mk.

Für die Sägewerksindustrie in der Provinz Brandenburg einschließlich der Grenzmark ist am 10. Januar ein neues Lohnabkommen abgeschlossen, das bis zum 25. Januar läuft. Die Stundenlöhne erhöhen sich ab 12. Januar in der Spitze um 106 Mk. und ab 19. Januar um 14 Mk. Die Lohnsätze betragen an den genannten Daten 443 bzw. 457 Mk.

Zum Harzer Sägeritarif wurde am 5. Januar ein Abkommen getroffen, nach welchem in zwei Terminen, ab 4. Januar und ab 18. Januar, eine Zulage gewährt wird, die in den vier Ortsklassen (Sonderklasse und Klasse I bis III) für die Gruppe 1 95 Mk., 91,40 Mk., 87,40 Mk. und 83,60 Mk. beträgt. Der Durchschnittslohn für diese Gruppe steigt damit auf 365 Mk., 350,40 Mk., 335,80 Mk. und 321,20 Mk.

Für die Sägewerksindustrie im Bezirk Bries wurde am 4. Januar ein Abkommen getroffen, durch welches der Lohn der Gatterführer in Bries ab 30. Dezember auf 256 Mk., ab 13. Januar auf 297 Mk. erhöht wird. Die Bekehrten erhalten pro Stunde 2 Mk. mehr. In den übrigen Orten des Bezirks ist der Lohn um 3 Mk. niedriger als in Bries.

Die zentralen Verhandlungen für die Anopfindustrie, die am 4. Januar in Leipzig geführt wurden, hatten das Ergebnis, daß für die Zeit vom 1. bis 24. Januar eine Zulage von 20 Prozent gewährt wird. Außerdem wurde das Verhältnis zwischen den Vertragslöhnen der einzelnen Kategorien ein wenig geändert. Der Durchschnittslohn der Maschinenarbeiterinnen über 21 Jahre wurde von 58 auf 62 Prozent der von 18 bis 21 Jahren von 51 auf 54 Prozent des Durchschnittslohnes der über 21 Jahre alten Facharbeiter erhöht. Jugendliche männliche Arbeiter von 17 bis 18 Jahren erhalten 28 statt bisher 36 Prozent, weibliche im gleichen Alter 24 statt bisher 32 Prozent des Spitzlohnes. Der Durchschnittslohn beträgt nuncmehr:

Facharbeiter	Ortsklasse I	II	III	IV
über 21 Jahre	414	393	373	352
Maschinenarbeiterinnen	237	244	231	213
über 21 Jahre	237	244	231	213

Für die südwestdeutsche Ramm-, Sparrschmied- und Zelluloidwarenindustrie wurde am 5. Januar ein Abkommen getroffen, durch welches der Lohn der über 25 Jahre alten Facharbeiter in den Ortsklassen I bis III ab 1. Januar auf 356 Mk., 350 Mk. und 378 Mk., ab 16. Januar auf 426 Mk., 443 Mk. und 441 Mk. erhöht wird.

In Delmenhorst wurde für die Korkeindustrie ein neues Abkommen getroffen. Danach beträgt der Spitzenlohn ab 1. Januar für Korkschneider 330 Mk., für Korkschneiderinnen 214,50 Mk., ab 16. Januar 375 Mk. bzw. 243,75 Mk. Ledige erhalten 5 Prozent weniger.

In Halle wurde für die Sägereibetriebe eine Vereinbarung getroffen, nach welcher der Lohn der über 22 Jahre alten Arbeiter der Gruppe A ab 29. Dezember auf 337 Mk., ab 12. Januar auf 398 Mk. erhöht wird.

In Piesenk wurde mit den Spielwarenfabriken ein Abkommen getroffen, nach welchem der Lohn in der ersten Hälfte Januar um 40 Prozent, in der zweiten Hälfte um weitere 25 Prozent erhöht wird. Der Lohn der Facharbeiter steigt damit auf 330 Mk.

In Oldenburg-Nassau wurde für die Sägewerksindustrie ein neuer Lohn vereinbart. Die Spitzenlöhne betragen ab 1. Januar 320 Mk. und ab 15. Januar 365 Mk. Die Abfindung erfolgt nach dem bisherigen Schiedsspruch.

In Wismar wurde für die Holzspalten- und Wägelwerkzeugindustrie der Lohn neu vereinbart, und zwar ab 1. Januar 280 Mk. und ab 14. Januar 320 Mk.

Der Holzwucher.

Dem Reichswirtschafts- und Reichsjustizministerium sind, wie in der vorigen Nummer der *Goldarbeiter-Zeitung* bereits erwähnt wurde, Richtlinien für die Kalkulation aufgestellt worden. Diese amtlichen Richtlinien nehmen in enger Anlehnung an die Subilatur des Reichsgerichts Stellung zu der Frage der zulässigen Kalkulationsmethoden.

Aus unserer Zusammenfassung geht hervor, daß in den ersten Monaten des Jahres die Holzpreise der inneren Geldentwertung, gemessen an den Lebenshaltungssindizes, um mehr als das Doppelte vorausgeilte. Im Juli hatten die Holzpreise die innere Geldentwertung um etwa das Dreifache und im Dezember um etwa das 6½fache im Durchschnitt überholt. Würden die amtlichen Richtlinien bei der Preisbemessung für Holz in Anwendung gebracht, dann hätte das Rundholz im Dezember etwa 15 800 Mk. und nicht 100 000 Mk. im Durchschnitt kosten dürfen. Der Preis für unsortierte Stamm-

Man kann die Holzpreise betrachten von welcher Seite man auch will, nirgends wird sich eine Veredlung für ihre Höhe entdecken lassen. Der Vorwurf des Holzwuchers besteht zu Recht. Von der Reichsregierung muß verlangt werden, daß sie nun endlich dagegen einschreitet. Den Weg, der beschritten werden muß, zeigt der Vorschlag unseres Kollegen Tarnow in der vorigen Nummer der „Holzarbeiter-Zeitung“. Die Wuchergewinne der Waldbesitzer müssen der Förderung und Verbilligung der Holzeinfuhr nutzbar gemacht werden.

Das Inhaltsverzeichnis der „Solzarbeiter-Zeitung“, Jahrgang 1922, ist erschienen und wird für die größeren Verwaltungsstellen mit der heutigen Zeitung zugesandt. Weiteren Bedarf bitten wir bei unserer Expedition zu bestellen.

[illegible]